

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 19 (1978)
Heft: 10

Artikel: "Freidensgefährdung" : eine übliche Methode sowjetischer Kampagne im Testfall einer unüblichen Anwendung
Autor: Handlery, Georg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094109>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Eine übliche Methode sowjetischer Kampagne im Testfall einer unüblichen Anwendung

«Friedensgefährdung»

**Georg Handlery zur sowjetischen Behandlung
sino-westlicher Zusammenarbeit**

Kann die Sowjetunion dem Westen verbieten, Kontakte mit China zu haben? So nicht, doch nicht. Aber sie kann etwas anderes: Dem Westen plausibel machen, dass sein China-handel eine Gefährdung des Friedens darstellt. Man rechnet mit den Kräften, denen die Erhaltung des Friedens über alles geht. Indizien aus der Sowjetpresse lassen die Vorbereitung einer gezielten Kampagne in dieser Richtung erwarten. Die Methode ist soweit bewährt. Aber sie wird diesmal ihre Tauglichkeit an einem Fall beweisen müssen, der anders liegt.

Will man sich mit den totalitären Gesellschaften im Sowjetlager eingehend auseinandersetzen, so ist die dortige kontrollierte Presse eine wichtige Quelle. Gerade weil sie kontrolliert ist, kann sie als Instrument der Regierungspolitik Schlüsse auf diese zulassen.

Die Zeitungen Osteuropas sind weder Träger unabhängiger Meinungen noch Träger objektiver Information. Der Zweck der Presse ist die «Erziehung» der Bevölkerung im Sinne der Selbstdarstellung des Regimes und seines jeweiligen Programms. Das schliesst die laufenden neuen Wünsche der Machthaber ein, und insofern tun sich politische Kursänderungen häufig in den Publikationen kund. Freilich auf eine apologetische und gebrochene Art, aber man kann hinter die gemeinten Motive kommen, wenn man die Kommunikationssymbole und die entsprechende Technik des Systems kennt.

Eine Kampagne bahnt sich an

Wir hatten im ZeitBild (Nrn. 8 und 9) über die Situation im Fernen Osten und Besonderheiten im sowjetisch-chinesischen Verhältnis berichtet. Im Zusammenhang mit diesem Thema lässt sich eine neue Beobachtung anbringen. Aus der sowjetischen Berichterstattung zeichnet sich bezüglich Chinas ein Muster ab, das dazu bestimmt zu sein scheint, die Grundlage eines späteren klaren Programms zu werden.

In der feindlichen Aufmerksamkeit, welche die sowjetische Führung und die sowjetische Presse der Rolle Chinas widmen, hat es mit der Zeit Akzentverschiebungen gegeben. In einer ersten Phase dominierte die Polemik über die Frage, ob China wirklich marxistisch sei. Dann kam das mit den übrigen Feinden konnectierte Motiv des Antisowjetismus. Ein Hauptvorwurf von heute, der die aktuellen Sorgen des Kremls verrät, betrifft den Westhandel Chinas und dessen dadurch angeblich steigendes Rüstungspotential (siehe letzte Nummer). Und eben im Zusammenhang damit erscheint nunmehr eine neue «Mache».

Die sowjetische Argumentationskette verläuft ungefähr so: Chinas Handel führt zur Aufrüstung. Wer mit China Handel treibt, trägt zur Bewaffnung eines aggressiven Landes bei. Infolgedessen sind Chinas Handelspartner für die Gefährdung des Friedens verantwortlich.

Friedensbewegung mit Amplifikationseffekt

Es geht also darum, dem Westen ein neues Schuldbewusstsein für Kriegstreiberei zu suggerieren und ihn davon abzuhalten, durch allzu intensiven Verkehr mit China eine von der UdSSR willkürlich proklamierte Friedensgefährdung zu begehen. Man hofft dabei auf eine zunehmende Mithilfe der politischen Kräfte des Westens. Der erprobten Sowjetfreunde zuerst und dann der Biedermänner, die zwecks Erhaltung des Friedens von Provokationen Abstand nehmen würden.

Die neuartige Kriegsgefahr wird in der Sowjet-

«Die Sowjetpresse unterstützt seit jeher feurig die Propagandisten und Leiter der Politik der Kommunistischen Partei. (...) Sie hilft der Partei, die Massen für eine erfolgreiche Lösung der majestätischen Entwicklungspläne unseres Landes zu mobilisieren. (...) Zu den bedeutendsten Aufgaben der Masseninformatoren gehören (...) die Festigung der politischen Disziplin und der Arbeitsdisziplin, (...) die Propaganda für die sowjetische Lebensform und der Kampf gegen jene, die von den Normen der kommunistischen Moral abweichen möchten.»

(Aus dem Artikel «Unsere Presse»
in der «Prawda Wostoka», 5. 5. 1978)

presse nicht nur durch eigene Argumente «bewiesen», sondern ausgesprochen auch durch die Anwendung von allen möglichen Zitaten aus dem — vornehmlich westlichen — Ausland. Diese stammen zumeist aus Quellen, die sich generell von den Ansichten des Kremls inspirieren lassen.

Die bisherigen Erfahrungen mit der Propagandatechnik der UdSSR lassen den Schluss zu, dass wir möglicherweise am Anfang einer grossangelegten Propagandakampagne stehen. Sie bezweckt wahrscheinlich nichts weniger als einen Boykott Chinas, eventuell nach dem Muster Südafrikas. Als unmittelbare Forderung wäre das etwas, was man im Westen als Zumutung von sich weisen würde. Also muss die Konditionierung den erprobten Weg über das Motiv der Friedensgefährdung nehmen, die man für konkrete Anwendungen allmählich bewusst zu machen hat.

Moskaus Methode ist es, zuerst über die Gefahr eines Konfliktes zu reden und reden zu lassen. Die Konsequenz einer Zusammenarbeit mit China wird, so sieht es das Szenario vor, im Ausland von «wohlgesinnten» Kreisen aufgenommen. Dann kann das Material nach Moskau zurückgeleitet werden, wo es amplifiziert wird und mit Lawineneffekt wiederum im Westen in Verkehr gesetzt wird. Genau wie es in der Kampagne gegen die Neutronenbombe geschehen ist. Nach mehrfacher Wiederholung des Prozesses entsteht der Schein einer Massenbewegung, der wiederum zu einer tatsächlichen Massenbewegung animiert.

Und warum auch nicht? Wenn der Kreml, von einem so starken Echo begleitet, über Kriegsgefahr redet, dann ist das eine «Nachricht». Mit der Zeit erhält das so gestartete Propagandavehikel eine eigene Antriebskraft, gewinnt eine quasi selbständige Existenz.

Du sollst keinen Krieg wollen. Aber ich kann ihn machen

Und natürlich sind die effektiven Machtverhältnisse auch noch da. Die UdSSR hat grundsätzlich die Mittel, für das Eintreffen einer Kriegsprognose selbst zu sorgen. Wenn Moskau eine Kriegsgefahr voraussagt, dann wird diese zur Wirklichkeit, sobald man im Kreml die entsprechenden Massnahmen ergreift.

Mit andern Worten: Die einseitige Ausrufung einer Friedensgefährdung ist selbst eine Friedensgefährdung. Aber es gibt im Westen genügend Leute, die diesen Sachverhalt nicht wahrhaben wollen und auf das Reizwort der Friedensgefährdung wie Pawlowsche Hunde reagieren, indem sie mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig wäre, zur Rettung der Welt auffordern.

Hindernisse: 1. China gilt im Westen als links und ist kein Hassobjekt. 2. China ist kein westliches Land; es wehrt sich

Nun stellt allerdings, weil es sich beim Isolierungsobjekt um China handelt, die sonst bewährte Methode einen echten Testfall dar, denn die Anwendung ist neuartig. Und vielleicht wird dieses Vorhaben nicht so gut gelingen wie andere Unternehmungen der gleichen Art.

Unsicher ist der Erfolg dieses Unternehmens deshalb, weil auch und gerade die geschickteste

(Fortsetzung auf Seite 10)

«Friedensgefährdung»

(Fortsetzung von Seite 8)

Propaganda sich normalerweise auf schon vorhandene Vorurteile stützen muss, die es durch Manipulation bloss auszubauen gilt. Und unter den modischen Hassthematiken der nichtkommunistischen Welt figuriert China nicht, mindestens noch nicht. Das Land steht im öffentlichen Bewusstsein «links», und in dieser Richtung ist die moralische Empörungsbereitschaft des Westens unterentwickelt. Von dieser Sachlage, zu deren Weiterentwicklung sie natürlich aktiv beiträgt, pflegt die Sowjetunion sonst ausgiebig zu profitieren. Aber in diesem Falle erweist sich der übliche Vorteil als Hindernis.

Hinzu kommt, dass China selbst keinen Sündenbock abgibt, der sich ungestraft brüskieren und verurteilen lässt. Selbstredend steht seine Presse nicht antichinesischen Kampagnen zur Verfügung, während beispielsweise die amerikanische Presse seinerzeit der Vietnam-Kampagne offen gegenüber war. Und aussenpolitisch hält China nicht als Prügelnabe her, sondern haut zurück. Auch das ist sich der Krenl von seinen sonstigen Vorzugsfeinden nicht gewohnt. Der bequeme Feind steht «rechts» und wehrt sich nicht; der unbequeme Feind steht «links» und wehrt sich stark.

(Analoges gilt im Westen. Die bevorzugten Entwürfsobjekte westlicher Politbewegungen mit gesellschaftlichem Schick stehen «rechts» und ducken sich linkisch. Was «links» steht, lässt sich nichts gefallen. Das macht zum Beispiel die UdSSR als Objekt für Verurteilungsrituale so ungeeignet.)

Wird es den Sowjets gelingen, den Chinesen ihr «linkes» Image zu nehmen, das sie im Westen haben? Das ist nicht das einzige Kriterium für den Erfolg der Aktion «Friedensgefährdung durch Chinahandel». Aber es ist wohl eines.

Für Moskau wird es nicht leicht sein, die Hindernisse zu überwinden. Doch auf den ernsthaften Versuch, den Boykott Chinas durch den Westen vorzubereiten und durchzusetzen, will man es im Krenl offenbar ankommen lassen. In die gleiche Richtung weist eine deutliche Zuspitzung des Streites mit China. Das Thema wird bald seine Aktualität als Verhaltensfrage des Westens haben.

Sie machten Badeferien am Nordpol ?

Weil Sie keinen Reiseführer aus der Buchhandlung SOI benützten.

Denn: Für alle Bücher

Buchhandlung SOI

Jubiläumsstr. 41, 3000 Bern 6
Tel. 031 43 12 15 / 43 12 12
Telex 32728

Eine Warschauer Zeitung über Theorie und Praxis der Kameradschaftsgerichte

Wer soll die Arbeiter abstrafen ?

In Polen verhängte die Direktion der Mechanischen Werke Ursus bei Warschau letztes Jahr über 9000 Disziplinarstrafen über Arbeiter des Betriebes. Die Ursus-Werke waren ein Zentrum der Arbeiterunruhen vom Sommer 1976, aber das hat damit nichts zu tun, denn entsprechende Zahlen liegen auch aus andern Betrieben vor. Das ergibt sich aus einem Beitrag von Maria Guzowska in «Express wieczorny», Warschau, 6. April 1978. Uebrigens quasi nebenbei: Der Autorin geht es nicht um die Zahl der Sanktionen gegen Angehörige der Belegschaft, die im Sozialismus angeblich unverfremdet arbeiten können, sondern bloss darum, dass die Strafen (meist Geldbussen) nur von der Betriebsleitung beschlossen wurden statt (auch) von den «Kameradschaftsgerichten».

Dieses ihr Thema («Die gering geschätzte Rolle der gesellschaftlichen Gerichte») verdient übrigens ebenfalls Interesse. Die Kameradschaftsgerichte im Sowjetlager sollten die ordentlichen Gerichte durch Uebernahme von Bagatellfällen (kleine Vergehen, Streitereien am Arbeitsplatz, schlechte Gewohnheiten) entlasten. Wie es sich zeigt, haben sich die Betriebsleitungen alle diesbezüglichen Kompetenzen mit der Zeit schmerzlos angeeignet. Verstoß gegen Arbeiterrechte oder Verzicht auf eine Alibi-Formalität? Wir lassen den Text der polnischen Quelle folgen.

«Die Direktion kam, in Uebereinstimmung mit dem Betriebskomitee der PVAP (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei = KP) und mit dem Betriebsrat der Gewerkschaften, zur Ueberzeugung, dass es nicht notwendig sei, im Betrieb ein Kameradschaftsgericht zu errichten.»

«Der Betriebsrat der Gewerkschaften und die Direktion sehen keine Möglichkeit zur Errichtung eines Kameradschaftsgerichtes. Das Unternehmen erstreckt sich auf 11 Wojewodschaften und 70 Bauplätze, die in 7 Einheiten gruppiert sind. Unter diesen Bedingungen können die Gerichte den an sie gestellten Anspruch nicht erfüllen.»

«Die Direktion, der Betriebsrat und das Betriebskomitee der PVAP teilen höflichst mit, dass sie die Notwendigkeit der Errichtung von Kameradschaftsgerichten im Kombinat nicht einsehen.»

*

Briefe mit ähnlichem Inhalt treffen ständig bei der Juristengruppe des Warschauer Gewerkschaftsrates ein. Der Rat will in den Betrieben die soziale und erzieherische Tätigkeit der Kameradschaftsgerichte fördern. Nach Auffassung der Wojewodschafts-Staatsanwaltschaft ist die Einstellung der Betriebsleitungen und der Gewerkschaften erstaunlich und überraschend. Das Kameradschaftsgericht soll doch zum Vorteil des Betriebes arbeiten. Es bearbeitet alle Streitigkeiten der Belegschaft, unrichtiges Benehmen, Disziplinausschreitungen, bekämpft den Alkoholismus während der Arbeit, die Verletzung der Sicherheitsvorschriften und beschäftigt sich auch mit den schweren persönlichen Problemen. Des

öfteren sind dies kleine Probleme, die nicht zur Staatsanwaltschaft gehen müssen. Eine prophylaktische Tätigkeit der Kameradschaftsgerichte und ihre erzieherische Wirkung sind wesentlich grösser als jene der Strafen. Selbst die Schuldigen bestätigen dies.

Trotzdem sind aber von den 77 registrierten Kameradschaftsgerichten in Wirklichkeit nur 22 aktiv. Beide Zahlen sind klein, wenn man die Hauptstadt und die hauptstädtische Wojewodschaft berücksichtigt, wo es Hunderte von Betrieben und Behörden gibt. Die Situation ist im ganzen Lande ähnlich.

1977 wurden diesen 22 Kameradschaftsgerichten 365 Angelegenheiten von der Polizei, der Staatsanwaltschaft, von den Kollegien für Ausschreitungen, seltener von der Betriebsleitung, vom Gewerkschaftsrat oder von den Beschädigten zugeleitet. Die Gerichte haben — trotzdem sie dazu die Möglichkeit haben — nichts aus eigener Initiative unternommen.

Warnungen, die Pflicht des Angeschuldigten, sich zu entschuldigen und Geldbussen für gesellschaftliche Zwecke sind die vom Kameradschaftsgericht verhängten «Strafen». Die grösste Strafe ist aber die Tatsache, dass der Angeschuldigte vor das Forum der eigenen Kollegen gestellt wird. Die Präsidien der Kameradschaftsgerichte stellen eindeutig fest, dass die Betriebsleitungen die erzieherische Tätigkeit dieser Gerichte nicht genügend schätzen, sondern die reglementierten Strafen vorziehen. Die Direktion der Mechanischen Werke Ursus hat letztes Jahr keine einzige Angelegenheit vor das Kameradschaftsgericht gebracht, sondern Disziplinarstrafen verhängt: